SPD BREISGAU HOCHSCHWARZWALD

MITGLIEDERBRIEF

INFORMATIONEN DER SPD BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD
FEBRUAR 2025 – 11. JAHRGANG – 103. AUSGABE

Liebe Genossinnen und Genossen

die Wahl ist vorbei und wir haben sie krachend verloren. Über das Wie und Warum darf noch trefflich gestritten werden und wird es ja auch, aber daran will ich mich heute nicht abarbeiten, denn es gibt in dieser Ausgabe natürlich auch zwei Beiträge, die beide nach einem Neuanfang rufen und dafür auch Vorschläge machen.

Mir geht es hier um die Konsequenzen und die sind weniger klar, als man vielleicht denken möchte. Denn mit Blick auf das Gesamtergebnis gibt es exakt zwei Koalitionsmöglichkeiten: Am wahrscheinlichsten ist das, was man mal Groko nannte, was es aber aktuell gerade mal auf 12 Stimmen über dem Schnitt schafft. Viele sehen diese schwarz-rote Koalition sogar schon als gesetzt. Ich bekam Zuschriften, die sehr eindrücklich davor gewarnt haben, dass wir uns dem verweigern und ich kann die alle nachvollziehen.

★

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Unsere Abgeordneten aus Südbaden *3*
Schluss mit dem Hinterherrennen *5*
Keine erneute Doppelspitze beim Parteivorsitz der Bundespartei *7*
Mit der CDU/CSU regieren? *8*
Lothar Binding in Bad Krozingen *10*
Ein tolles Signal für die Mobilitätswende *13*
Migranten sind nicht krimineller *14*
Was machen wir jetzt für unsere Demokratie? *15*
Denkmal wider des Vergessens *17*
Impressum *18*
Termine, Termine *19*

In einer Zuschrift an mich heißt es im Wortlaut: „Die einzige Option, die zeigt, dass wir Verantwortung übernehmen – auch in schwierigen Zeiten, und erst recht gegen rechte Tendenzen - ist, den Verhandlern den Rücken zu stärken. Wir sind keine willenlosen Mehrheitsbeschaffer. Holt das Beste raus, aber übernehmt Verantwortung für dieses Land.“

Eine zweite Zuschrift zitiert eine Stellungnahme von Manuela Schwesig. Darin steht unter anderem: "Vor die Klammer muss Vertrauen und Verlässlichkeit gezogen werden. Man muss aus dieser gescheiterten Ampel-Regierung lernen. Dauerstreit schadet nicht nur den Akteuren, sondern auch der Demokratie."

Das passt zu in einem Kommentar in der Badischen Zeitung. Dort steht schon in der Überschrift: „Keine Zeit für Sonnenkönige“ und dann im Text: „Es geht darum, Lösungsfähigkeit zu demonstrieren und dem Kompromiss wieder zu Ehren zu verhelfen. Das ist auch eine Sache der Tonlage.“

Bestimmt richtig. Bernd Engesser ist da anderer Meinung, wie er in seinem Beitrag weiter unten schreibt. Ich kann ehrlicherweise vieles von dem, was er schreibt direkt unterschreiben. Die inhaltliche Nähe der Union zur AfD ist erschreckend und genauso ist es das populistische Gehabe von Merz, Linnemann und Co. in diesem Wahlkampf.

Das ist der wesentliche Grund, warum ich ein in der Tat eher provozierendes Foto veröffentlicht habe, mit dem ich mich tatsächlich auch eher gegen eine schwarz-rote Koalition positioniere:

Die Reaktionen waren sehr vielfältig und in der Tat auch überraschend viele für meine bescheidenen Verhältnisse. Mir fiel darunter schon auf, dass sich gerade politisch weniger aktive Menschen (aber nicht nur!) überhaupt nicht vorstellen können, dass wir uns ob der sonst drohenden schwarz-blauen Koalition oder von Neuwahlen unserer staatsbürgerlichen Pflicht verweigern. Das würde uns endgültig (drunter geht’s bei uns nicht) ins Verderben stürzen. Grob genauso oft hörte und las ich aber auch das Gegenteil und dann droht das sichere Verderben (!), wenn wir unsere Prinzipien zum Wohle dieser trumpesken Union über Bord werfen.

Wir können es also wieder einmal nur falsch machen. Eine sehr bekannte Situation mit der ich umgehen kann. Um also auf mein Selfie zurückzukommen. So ganz entschieden habe ich mich tatsächlich noch nicht. Das wird aber natürlich noch kommen und das mache ich dann selbstverständlich auch vom Ergebnis der Koalitionsverhandlungen abhängig.

Auch wenn es niemand mitbekommen hat, so hatten wir in unserem Wahlprogramm und auch im Wahlkampf eben doch viele Themen, die wir glasklar formuliert haben. Mindestlohn, garantiertes Rentenniveau, Entlastung für 95%, Bürgergeld und einiges mehr. Daran haben wir uns jetzt zu orientieren und die müssen wir dann schon auch als rote Linien betrachten.

In diesem Sinne: Die Zeiten bleiben spannender, als es uns allen lieb ist. Aber wir bekommen das schon hin.

Mit solidarischen Grüßen
Euer Ossi

Unsere Abgeordneten aus Südbaden

von Oswald Prucker

So schlecht das Gesamtergebnis dieser Bundestagwahl ist, so schön ist es, dass alle vier amtierenden Kandidierenden aus Südbaden auch in der nächsten Legislaturperiode dabei sein werden.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihnen. Im einzelnen sind das nach den Wahlkreisnummern sortiert:

Johannes Fechner
Wahlkreis 283 – Emmendingen – Lahr

Derya Türk-Nachbaur
286 – Schwarzwald Baar

Lina Seitzl
287 – Konstanz

Rita Schwarzelühr-Sutter
288 – Waldshut

Unser Dank für einen engagierten Wahlkampf gilt außerdem **Ludwig Striet** und **Julian Wiedmann**, die in den Wahlkreisen 281 – Freiburg und 282 – Lörrach-Müllheim leider ohne Mandat blieben.

Heute ist nicht aller Tage ... wir zählen auf euch in vier Jahren!

Schluss mit dem Hinterherrennen

von Patrick Röttele

“Wir haben mehr abgeschoben als jemals zuvor!”

“Aber wir müssen noch mehr abschieben!”

“Ich sollte Kanzler bleiben, damit auch tatsächlich noch mehr abgeschoben wird!”

“Wir werden die Grenzen sichern, damit gar niemand reinkommt!”

“Wer trotzdem reinkommt, den werden wir abschieben!”

Kommt euch bekannt vor? Für mich hat sich der hinter uns liegende Wahlkampf und seine vielen ermüdenden Debatten genau so angefühlt. Mittendrin unser Noch-Bundeskanzler Olaf. Es ist der bisher traurige Höhepunkt einer Diskursverschiebung in der Öffentlichkeit. Einer Diskursverschiebung, die Thesen von Rechtspopulisten nicht mehr als menschenfeindlich benennt, sondern sie im Gegenteil vollumfänglich salonfähig macht.

Diese Entwicklung ist besonders ermüdend, da man in Deutschland eine Entwicklung sehen kann, die in anderen Ländern bereits früher abgelaufen ist und aus der man hätte lernen können. Stattdessen sind auch bei uns alle der extremen Rechten in die Falle gegangen. Das zeigt sich gut an der Wählerentwicklung. Union, SPD, Grüne, FDP, alle haben sich in Sachen Migration mehr und mehr der AfD angenähert und haben das Thema in der Öffentlichkeit ohne große Gegenwehr immer größer werden lassen. Die Union hat 1 Million Wähler:innen an die AfD verloren. Wir als SPD ebenfalls 1 Million Wähler:innen, auch eins nach rechts, an die Union.

Alles was wir erreichen, ist das Vertrauen der Menschen links und mitte-links zu verlieren. Diese können sich, vermutlich zurecht, nicht mehr darauf verlassen, dass die SPD für ihre Werte kämpft. Und die Menschen, die man mit dem Annähern an rechte Thesen noch “einsammeln” wollte? Wählen lieber das Original. Da hilft es auch nicht, wenn wir uns immer wieder versuchen, positiv abzugrenzen. “Das sind die Nazis, wir nicht”, “die sind rechtsextrem, wir nicht”. Alles richtig. Es hilft aber nichts, solange wir rechte Politik machen.

Deshalb sage ich: Schluss damit. Um Robert Habeck zu zitieren, wir leben in einer Ära der Gleichzeitigkeit der Krisen. Es reicht aus, dass die AfD keine Antworten für diese Krisen hat. Es ist dramatisch, dass unser wahrscheinlich zukünftiger Bundeskanzler Friedrich Merz keine Antworten für diese Krisen hat. Wir als SPD, wir haben diese Antworten. Doch dafür müssen wir uns besinnen, wofür wir als Partei stehen wollen.

Wir sind eine Partei, die sich den demokratischen Sozialismus als Tradition auf ihre Fahnen schreibt, diesen im politischen Handeln aber kaum noch vertritt. Es gibt soziale Gegenentwürfe zum um sich greifenden

Rechtsruck, der alles hoffnungslos scheinen lässt. In Spanien regiert unter der Führung von Pedro Sánchez seit 2018 ein linkes Bündnis. Die Folgen: Ausbau der Infrastruktur, Ausbau des Sozialstaates und gleichzeitig ein wirtschaftliches Wachstum, das deutlich über dem EU-Schnitt liegt. Es ist eine Erfolgsgeschichte, an der wir uns ein Vorbild nehmen müssen. Wir müssen die Fahne des demokratischen Sozialismus endlich wieder selbstbewusst nach oben halten.

Denn eins ist klar: Genauso wie in den USA, Argentinien oder in Großbritannien in den Jahren nach dem Brexit werden die Rechten und Rechts-Konservativen auch bei uns nach all den Versprechungen keine wirksamen Antworten auf die Probleme unserer Zeit haben. Schuld daran wird in deren Erzählungen aber nach wie vor alles andere sein, die Linken, die woke-grüne Gesellschaft, Gender-Gaga und natürlich die Ausländer. Ihre Politik funktioniert nur mit negativer Abgrenzung, nie mit positiven Lösungen.

Wir müssen wieder zeigen, dass wir diese positiven Lösungen haben. Eine Sache, die im Dunkel der abgelaufenen Bundestagswahl Hoffnung machen kann, ist das starke Wahlergebnis der Linken. Auch wenn ich persönlich meine Schwierigkeiten mit deren Position im Ukraine-Krieg und der fehlenden Distanzierung zu antisemitischen Strömungen in der Partei habe, war deren ausschlaggebender Faktor im Wahlkampf die glaubwürdige Abgrenzung gegen Rechts und das glaubwürdige Einstehen für soziale Themen. Ich bin der Meinung, dass wir das auch können, wenn nicht sogar müssen.

Dafür braucht es aber die Einsicht, dass Veränderung nötig ist. Diese Einsicht scheint nach aktuellen Statements an der Parteispitze zu fehlen. Lars Klingbeil spricht von einer nötigen Neuaufstellung, was aber bisher nur zur Konsequenz hat, dass er einen weiteren Posten hat. Saskia Esken spricht vom Weiterkämpfen, nicht von Platz machen. So sehr ich das Bedürfnis verstehe, fast sogar bewundere, für die eigenen Werte weiterzukämpfen und nicht aufzugeben, ohne gelebte Fehlerkultur und einen glaubhaften Neustart in den entscheidenden Positionen unserer Partei können wir auch keinen glaubhaften Neustart für unser Image in der Bevölkerung schaffen.

Doch mit dem Austausch der Köpfe an der Spitze ist nicht genug getan. Wir müssen uns grundsätzliche Fragen über die Strukturen unserer Partei machen. Für Entscheidungen von großem Ausmaß muss wieder eine glaubwürdige Einbindung der Basis erfolgen. Menschen mit frischen Ideen dürfen nicht mehr aus Angst um die eigenen Posten klein gehalten werden. Wenn wir es nicht schaffen, Basisdemokratie in der eigenen Partei umzusetzen, wie sollen wir Wähler:innen davon überzeugen, dass wir unser Land durch die aktuelle Demokratiekrise führen können?

Der letzte Sonntag war für uns hart. Er war noch viel härter für Menschen in unserer Gesellschaft, die große Angst vor einer Gesellschaft haben, in der sie keinen Platz mehr haben, weil sie queer sind, keine deutschen Eltern haben oder einfach eine Frau sind. Jetzt ist der letzte Zeitpunkt, um zu begreifen, dass es so nicht weiter gehen kann. Jetzt ist der letzte Zeitpunkt, um uns stark genug aufzustellen, um glaubwürdig für eine Gesellschaft einzustehen, in der jeder Mensch einen Platz hat. Denn, um das aktuelle Grundsatzprogramm der SPD zum Abschluss zu zitieren:

“Die gleiche Würde aller Menschen ist Ausgangspunkt und Ziel unserer Politik.”

Keine erneute Doppelspitze beim Parteivorsitz der Bundespartei

von Matthias Schmidt

Kandidatenauswahl nach einem zuvor festzulegenden Kriterienkatalog.

Der Ortsverein Bad-Krozingen-Hartheim hat sich nach der Bundestagswahl mit einem Antrag an den Parteivorstand gewandt.

Hier der Antrag im Wortlaut:

(1) Der Ortsverein Bad Krozingen-Hartheim stellt den Antrag, dass bei der nächsten Wahl der/des Parteivorsitzenden auf eine Doppelspitze verzichtet wird und der Parteivorstand in Berlin darauf hinarbeitet und dem Bundesparteitag dies vorschlägt.

Begründung: Die Abbildung unterschiedlicher Strömungen und Flügel einer Partei sowie Präsentation beider Geschlechter gleichberechtigt an der Spitze der deutschen Sozialdemokratie hat seinen Reiz und Charme – war jedoch sichtbar zumindest in den letzten zwei Jahren wenig bis gar nicht erfolgreich. Parteivorsitzende mit unterschiedlichen politischen Ansichten blockieren und lähmen sich gegenseitig und verhindern eine einheitliche Außenwahrnehmung der Partei. Bei zwei gleichberechtigten Vorsitzenden entstehen zu viel Reibungs- und Abstimmungsverluste, Prozesse dauern zu lange. Die Idee mit zwei Vorsit-

zenden die Sozialdemokratie auch doppelt so häufig oder zumindest stärker medial auftreten zu lassen ging nicht auf. Im Gegenteil war eher in der Bevölkerung die Wahrnehmung zu hören, dass nicht klar war, wer nun wirklich für die SPD spricht.

Für die kommenden 4 Jahre braucht es einen inhaltlichen und personellen Neuanfang in der Partei. Eine schlagkräftige Führung die in unseren unruhigen Zeiten auch einmal schnelle, klare Antworten und politische Vorschläge liefern kann.

(2) Der Ortsverein Bad Krozingen-Hartheim stellt den Antrag, dass vor der nächsten Wahl der/des Parteivorsitzenden der Parteivorstand in Berlin einen Kriterienkatalog erarbeitet, ähnlich einer Stellenausschreibung für eine normale Führungsposition. Anhand dieser Kriterien können sich Bewerber/innen für den Parteivorsitz bewerben. Bei mehreren Bewerber/innen soll eine Mitgliederbefragung analog zu dem Vorgang im Jahr 2019 erfolgen. Aus Kostengründen ist zu prüfen, ob eine elektronische Stimmabgabe bei der Mitgliederbefragung möglich ist. Der Kriterienkatalog sowie ausführliche Informationen zu den Kandidaten und Kandidatinnen ist den Mitgliedern zuvor bekannt zu geben.

Begründung: Neben qualitativen Eigenschaften wie Führungsstärke, Organisationsvermögen und politischer Intelligenz sind nicht zuletzt in unserer extrem stark medial geprägten Zeit das persönliche Auftreten, Charisma, Empathiefähigkeit, Sympathiewerte, mediale Darstellungsfähigkeit und Kommunikationskompetenz von Führungspersonen entscheidend.

Potentielle Schwachstellen der Kandidaten sind vorab zu prüfen um zu verhindern, dass sich Medien und auch Kampagnen in den Sozialen Netzwerken anstatt mit den politischen Inhalten der Partei und den politischen Zielen der/des Vorsitzenden mit privaten und persönlichen Belangen aus dem Leben der/des Vorsitzenden beschäftigen.

Ausdrücklich stellen wir uns eine/einen Parteivorsitzenden vor, der nicht Mandatsträger im Bundestag, Ministerpräsident oder Landesvorsitzende/r war oder ist. Als noch mitgliederstärkste Partei in Deutschland wäre ein Parteivorsitz näher an der Basis ein Gewinn, um dieses große Potential und Wissen der Basis um die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger noch besser auszuschöpfen und abbilden zu können.

Mit der CDU/CSU regieren?

Von Bernd Engesser

Den meisten Deutschen erscheint es selbstverständlich: Nach dieser Bundestagswahl wird die SPD als kleinerer Partner eine Regierungskoalition eingehen und Merz zum Kanzler wählen. Die SPD sei verpflichtet, Verantwortung für Deutschland zu tragen.

Ja, die SPD muss Verantwortung übernehmen. Und darf genau deshalb keine Koalition mit der Merz-Union eingehen!

Wir haben es gerade erlebt, dass eine Koalition von Parteien mit entgegengesetzten Ideen keine gute Politik zustande bringen kann. Kompromisse sind nur möglich, wenn es Unterschiede gibt, aber im Grundsatz die Richtung stimmt - nicht bei unterschiedlichen Richtungen.

Bei der Wirtschaftspolitik, bei der Sozialpolitik und bei der Steuerpolitik hatten SPD und FDP gegensätzliche Konzepte. Das Ergebnis war eine gegenseitige Lähmung.

Und genau diese Gegensätze bestehen auch zwischen SPD und der Merz-Union. Die Wahl 2025 war eine Richtungswahl. Der neoliberale Ansatz der CDU/CSU bei der Wirtschaftspolitik, der nur noch wenig mit der Grundidee der sozialen Marktwirtschaft zu tun hat, steht im krassen, unvereinbarem Gegensatz zur ordnungspolitischen Vorstellung der SPD einer sozial ausgerichteten Wirtschaftspolitik mit einem starken Staat.

Die Gesellschaftsidee der SPD einer offenen, liberalen Gemeinschaft steht im Gegensatz zur rückständigen Gesellschaftsidee der CDU/CSU.

Energie- und Klimapolitik, Steuer- und Fiskalpolitik: Völlig unterschiedliche, unvereinbare Konzepte.

Bei der Migrationspolitik und der Sicherheitspolitik gibt es teilweise Gemeinsamkeiten im Ziel, nicht aber, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

Vermutlich ließe sich bei der Außenpolitik sogar eine gemeinsame Linie finden, aber das reicht nicht für eine Regierungskoalition. In den genannten wichtigen Themenfeldern bestehen unvereinbare Gegensätze.

Und dazu noch die handelnden Personen einer CDU/CSU-Regierung. Mit Leuten wie Merz, Frei, Linnemann, Spahn, Dobrindt und einem Schattenkanzler Söder ist keine vernünftige Politik machbar. Dies zeigt sich aktuell bei der „Kleinen Anfrage“ zu NGOs der Unionsfraktion, mit der mit den Methoden autoritärer Herrscher unliebsame zivilgesellschaftliche Organisationen mundtot gemacht werden sollen.

Es wundert mich, weshalb die CDU/CSU überhaupt auf die Idee kommt, mit „linken Spinnern“ wie der SPD eine Regierung bilden zu wollen.

Umgekehrt gilt das auch: Ich habe nicht SPD gewählt, damit diese dann Merz zum Kanzler macht. Ich habe SPD gewählt, um genau das zu verhindern!

Aber wir müssen doch eine stabile Regierung haben, um das Anwachsen der antidemokratischen Kräfte zu stoppen?

Eine Koalition CDU/CSU mit der SPD ergäbe wegen den unvereinbaren Gegensätzen keine stabile Regierung. Es gäbe wieder eine Lähmung in wichtigen Politikfeldern, was die Unzufriedenheit der Menschen weiter steigern und nur den Antidemokraten helfen würde.

Inhaltliche Übereinstimmungen in vielen Themen bestehen aber zwischen CDU/CSU und AfD. Es war eine Richtungswahl und Union und AfD gehen in die selbe Richtung, nicht Union und SPD.

Der natürliche Partner der Merz-Union ist die AfD! Mit der kann Merz seine wirtschafts-, migrations-, umwelt- und gesellschaftspolitischen Ideen umsetzen. Ja, das würde den Menschen in Deutschland schaden, es würde richtig wehtun. Aber es würde damit den Wählern auch die Unfähigkeit der AfD aufzeigen.

Noch sind die demokratischen Strukturen in Deutschland so stabil, dass sie eine Regierungsbeteiligung der AfD als kleineren Koalitionspartner verkraften. Würde eine CDU/CSU-SPD-Regierung aber wie zu erwarten keine guten Ergebnisse liefern, wäre nach der nächsten Wahl die AfD stärkste Partei. Und dann wäre unsere Demokratie am Ende.

Also: Lassen wir CDU/CSU und AfD in einer Regierung scheitern, lassen wir sie ihre Unfähigkeit offen zeigen. Machen wir gute Oppositionsarbeit und zeigen den Wählern eine gute Alternative für eine soziale, freiheitliche und wirtschaftlich starke Gesellschaft entsprechend den sozialdemokratischen Werten. Damit vertreiben wir das antidemokratische Gespenst aus Deutschland!

Mit einer Koalition mit der CDU/CSU würden wir nicht nur unsere Werte verraten, wir würden sogar unsere Demokratie gefährden.

Lothar Binding in Bad Krozingen

von Sigrid Hilfinger

Lothar Binding, der Bundesvorsitzender der SPD AG 60plus, war zu Besuch in Bad Krozingen. Er war viele Jahre der finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Am Nachmittag fand ein Gespräch mit den Leitungen dreier Pflegeeinrichtungen und dem Bundestagskandidaten Julian Wiedmann statt. Dabei konnte viel über die Situation in der Pflege und ihre Zukunft mit dem besonderen Blick auf die Finanzlage und personelle Engpässe in Folge der demographischen Entwicklung ausgetauscht werden.

Die Notwendigkeit für eine Pflegevollversicherung und einer dringenden Anpassung der strukturellen Ausstattung und Finanzierung der Einrichtungen und die Erleichterung bei Zuwanderung und Ausbildung von Pflegekräften wurde übereinstimmend festgestellt.

Am Abend folgte eine öffentliche Vortragsveranstaltung zum Thema „Achtsam sein – alle Generationen im Blick“.

Sigrid Hilfinger, Kreisvorsitzende der SPD AG 60plus hatte den Besuch organisiert und übernahm die Begrüßung der Gäste. Thomas Thürling, Stadtrat und Co-Vorsitzender der SPD Bad Krozingen-Hartheim übernahm die Moderation der Veranstaltung, die Julian Wiedmann, Kandidat des hiesigen Bundestagswahlkreis, angeregt hatte.

Binding sprach zunächst über Julian Wiedmann und wie wichtig es sei, „politisch aktiv zu sein – aber niemals technokratisch, sondern stets empathisch, also mit Einfühlungsvermögen“, eine Eigenschaft, „die Wiedemann von der Pike auf in der Gewerkschaft ver.di gelernt habe“ , so Binding.

Es sei sehr wichtig, sich heute bei allen politischen Entscheidungen mit Empathie, mit Einfühlungsvermögen die Lebenslagen der Menschen im Land bewusst zu machen – vor der jeweiligen Entscheidung. Ein Gedanke, der Lothar Binding auf seiner Tour durch Deutschland, die ihn auch nach Bad Krozingen geführt hatte, begleite.

Auch das Thema Generationengerechtigkeit erfordere Empathie und führe schnell zu den Fragen: Gibt es das überhaupt? Und wo gibt es Ungerechtigkeiten zwischen den Generationen?

Was die Nachkriegsgeneration vorgefunden hat, war ein zerstörtes Deutschland – sowohl hinsichtlich der Infrastruktur als auch der Zerstörung jeglicher ethisch-moralischer, menschlicher Kategorien durch den Nationalsozialismus, durch Nazis. Seither ist viel passiert. Der Aufbau sei gut gelungen, die Produktivität der Gesamtgesellschaft wurde enorm gesteigert. Die Demokratie über viele Jahrzehnte stabilisiert. „Das ist das Gute, eine große Leistung der Nachkriegsgeneration“, so Binding. „Das Schlechte ist, dass erstens für den Aufbau sehr viel Kohle, sehr viel Gas, Öl und Uran, eben viele endliche Ressourcen verbraucht

wurden – mit den schlimmen Folgen für das Klima infolge der CO_2-Emissionen. Zweitens haben wir nicht genug auf die Bildung geachtet, die Sprache wird rauer, durch digitale Kommunikation und durch die Individualisierung geht der Gemeinschaftssinn verloren, Demokratie gerät unter Druck und Skrupellose oder Geldreiche strecken die Hände danach aus“.

Das Gute im Schlechten sei die enorme Produktivität und der Erkenntnisgewinn über die Fehler in der Vergangenheit, die es inzwischen leicht machen, das Klima zu schützen, indem wir einerseits die Industrielandschaft, also unser Leben, die Produktion und Gebrauch von Gütern klimagerecht, also nachhaltig, organisieren, andererseits die Bildungsanstrengungen gravierend verstärken.

Binding stellt eine These der AG SPD 60plus vor: „Alter schafft Zukunft“ gelte für jedes Alter. Eine Mutter, die nach zwei Jahren erfolgreich für einen Krippenplatz gekämpft hat, braucht ihn nicht mehr – er dient der nächsten Krippengeneration. Ein Jugendlicher, der nach vier Jahren erfolgreich für eine Disco am Ort gekämpft hat, ist zur Arbeit oder zum Studium schon lange weggezogen, bevor sich die nächste Jugendgeneration dort trifft.

Seniorinnen und Senioren, die für die Sichtbarkeit im Alter kämpfen, für die Sichtbarkeit in der Straßenbahn, in Bebauungsplänen, in sozialen, kulturellen, sportlichen Vereinen, Sichtbarkeit in Initiativen und auch in Gesetzen und Verordnungen, denken an ihre Kinder und Enkel und Urenkel – sie denken an ihre Zukunft.

Das künftige Zusammenleben der Generationen werde stark davon geprägt sein, wie wir das bürgerschaftliche Engagement und die Wirtschaftskraft Älterer würdigen, wie wir Kultur und Pflege wertschätzen, sowie die Betreuung älterer gesellschaftspolitisch vorbereiten. Unsere Zukunft wird auch davon bestimmt sein, wie wir mit der Erfahrung Erfahrener umgehen.

Binding warnte auch vor der „demographischen Denkfalle“. Wer sich auf die Betrachtung der Anzahl junger Menschen im Verhältnis zur Anzahl älterer Menschen reduzieren ließe, „geht einer Reihe unterschiedlicher Mythen auf den Leim“, so Binding, „Mythen, die sich leicht entzaubern lassen“. Ein typischer Mythos: „Die Alten saugen die Jungen aus“. Binding erläuterte mit Flip-

chart und seinem Markenzeichen, dem Zollstock, dass dieser Mythos davon ablenken soll, dass es kein Problem zwischen Jung und Alt gibt, sondern ein Problem zwischen reich und arm.

Er lenkte dabei den Gedanken auf die Produktivität, die sich seit seiner Jugend verzehnfacht habe. Mit zehnfach höherer Produktivität, sofern nicht von wenigen ausgeplündert, können sich die wenigen jungen Leute von heute noch mehr Rentnerinnen und Rentner leisten.

Der Abend verging wie im Flug, bemerkt Thomas Thürling in seinem Schlusswort, nicht ohne sich beim Referenten mit einer Wegzehrung für den Heimweg zu bedanken und zu einem erneuten Besuch einzuladen.

Ein tolles Signal für die Mobilitätswende

von Jenny Beck

Die Umwidmung des Rotackerwegs zur Fahrradstraße ist erfolgreich abgeschlossen und stellt einen bedeutenden Schritt in Richtung einer nachhaltigen Mobilitätswende dar. Diese Maßnahme ist ein klares Signal für die Förderung des Radverkehrs und die Stärkung umweltfreundlicher Fortbewegungsmittel in unserer Gemeinde.

Die erste Fahrradstraße in Umkirch ist ein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit und Sicherheit im Verkehr – und gleichzeitig ein kontrovers diskutiertes Thema im Gemeinderat gewesen.

Im Gemeinderat wurden unterschiedliche Meinungen laut: Während einige die Maßnahme als wichtigen Impuls für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik sehen, gab es auch Stimmen, die Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen auf den Autoverkehr und die Anwohner äußerten. Die lebhafte Debatte zeigt, wie viel uns allen an der Entwicklung unserer Gemeinde liegt.

Die neue Fahrradstraße bietet nun eine sichere Radverbindung für Schülerinnen und Schüler sowie Pendlerinnen und Pendler, die täglich von und nach Freiburg unterwegs sind. Besonders für die jüngeren Radfahrerinnen und Radfahrer, die den Rotackerweg regelmäßig auf ihrem Schulweg nutzen, wird die Sicherheit auf diesem Abschnitt erheblich verbessert.

Ein weiteres Highlight im Rahmen dieser Umgestaltung ist die neue LED-Beleuchtung, die den Rotackerweg nun auch nachts

sicherer macht. Diese moderne, energieeffiziente Beleuchtung sorgt für bessere Sichtverhältnisse und trägt gleichzeitig zur Reduktion des Energieverbrauchs bei – ein weiterer Schritt hin zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Infrastruktur.

Ein großes Dankeschön geht an den Arbeitskreis Mobilität Umkirch, dessen Engagement und Vorarbeit diese Umsetzung überhaupt erst möglich gemacht haben. Ihr Einsatz für eine bessere und sicherere Radinfrastruktur verdient höchste Anerkennung.

Dank einer Förderung von 90% konnte dieses Projekt kostengünstig realisiert werden, wodurch die Gemeinde ihre finanziellen Mittel effizient eingesetzt hat und gleichzeitig einen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung des Mobilitätsangebots leistet.

Wir freuen uns über diesen Erfolg und die positive Entwicklung hin zu einer umweltfreundlicheren und verkehrssicheren Gemeinde. Die offizielle Einweihung erfolgte am 16.01.2025.

Dieser Radfahrer mag die neue Fahrradstraße :-)

FAHRRADSTRAßE

Fahrradstraßen sind Straßen, auf denen Radfahrern besondere Rechte eingeräumt werden. Manchmal sind sie komplett vom restlichen Verkehr entkoppelt, oft aber auch nicht. Hier die wichtigsten Regeln:

1. Maximal Tempo 30 für alle.
2. Fahrräder haben Vorrang.
3. Nebeneinander radeln ist jederzeit erlaubt.

Migranten sind nicht krimineller

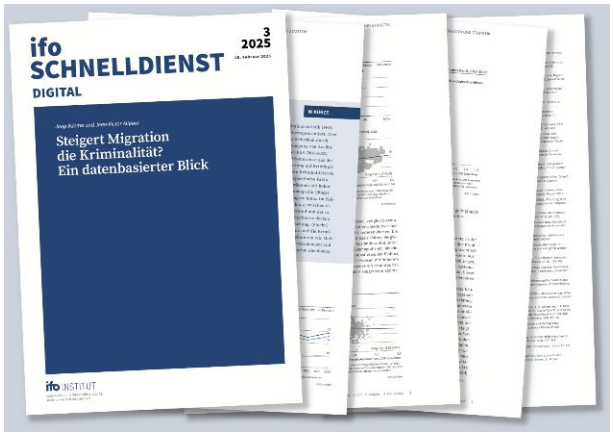
von Oswald Prucker

„Steigert Migration die Kriminalität? Ein datenbasierter Blick“ – so der Titel einer ifo-Studie. Mein Freund Steffen Voß meinte dazu postwendend und nordisch trocken: „Alte Boulevard-Regel: Wenn die Überschrift eine Frage ist, lautet die Antwort ‘Nein‘.“ Recht hat er.

Die Autoren der Studie finden keinen Zusammenhang und räumen sehr detailliert

mit so manchen Mythen auf, die aus den polizeilichen Kriminalstatistiken herausgelesen werden, aber einer Überprüfung einfach nicht standhalten.

Klares Fazit: „Die Ergebnisse decken sich mit Befunden der internationalen Forschung: (Flucht-)Migration hat keinen systematischen Einfluss auf die Kriminalität im Aufnahmeland.“ Sogar mein eigenes gut gepflegtes Vorurteil (mea culpa) wird widerlegt, denn auch die „Demografie (jünger und männlicher)“ macht die Migranten nicht krimineller.



Migranten sind da kriminell, wo es auch die Einheimischen sind. Da ist das Leben oft billiger und deshalb ist dort der Migrantenanteil höher. Diese Ungleichverteilung verschmiert deshalb die Statistik. Es sind also soziale Faktoren und wenn ich ehrlich bin: So neu ist diese Erkenntnis dann auch nicht.

Für das gefühlte Gegenteil geben die Forscher neben dem eben genannten geografischen Faktor noch einen weiteren an: Die „emotionalisierte Berichterstattung“ in den Medien. Zitat: „So nahm trotz des Rückgangs der Kriminalitätsrate unter Migranten zwischen 2011 und 2019 [...] die Präsenz migrantischer Kriminalität in deutschen Medienberichten zu.“

Und das bringt mich zu meinem Problem. Die öffentlich Meinung zum Thema Migration ist mittlerweile so vergiftet, dass man mit solchen Fakten wie in der ifo-Studie gar nicht mehr durchkommt. Ich bin mir wirklich sehr sicher: Sobald ich diese Studie irgendwo erwähne, kommt die Standard-Antwort: Glaube keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast. Das wäre dann noch die freundliche Version. Wahrscheinlich wird einem direkt und unmittelbar „faktenferne und weltfremde Ahnungslosigkeit“ unterstellt. Wir wissen doch schließlich alle, was Sache ist.

Hat irgendwer Erfahrungen, wie man da noch durchkommt?

Was machen wir jetzt für unsere Demokratie?

von Oswald Prucker

Der Rechtsrutsch in unserem Land ist frappierend und bringt unsere doch noch junge Demokratie ernsthaft in Gefahr. Was passiert, wenn wir weiter zuschauen, können wir aktuell live und in Farbe in den USA sehen. Dort übernimmt gerade ein durchgeknallter Milliardär das Land. Unterstützt wird er von eine paar postpubertären Computerjungs und einer orangefarbenen Mari-

onette. Das alles passiert in Rekordgeschwindigkeit und soll auf Europa ausgeweitet werden.

Wenn ich ehrlich bin, dann bin ich mir aktuell nicht sicher, ob ich auch in einer Demokratie sterben werde. Noch vor ein, zwei Jahren hätte ich einen solchen Satz sicher nicht geschrieben.

Wir müssen also endlich aktiv werden, auch wenn das anstrengend ist. So ein bisschen auf Social Media rumliken und hie und da was teilen reicht da nicht. Aber was tun? Hier ein paar Überlegungen meinerseits. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und ohne den Anspruch, dass alle alles tun müssen, können oder auch wollen.

Geht zu Demonstrationen.

Ja, wir alle haben den Eindruck, dass die ganzen Demos vom Frühjahr 2024 nichts gebracht haben und auch was jetzt im Frühjahr 2025 gelaufen ist, hat die Umfragewerte der Braunen scheinbar nicht beeinflusst. Aber wissen wir das wirklich so genau? Wer weiß, wo die sonst liegen würden. Abgesehen davon machen zumindest mir die Zahlen und Bilder der Demos immer wieder Mut. Wir sehen, wir sind eben doch viele.

Reden, reden, reden.

Das heißt oft genug auch einfach viel erklären. Wir (zumindest ich) beschäftigen uns wohl jeden Tag und ausgiebig mit Politik. Uns sind die gerade aktuellen Themen alle sehr präsent und wenn wir den Wahl-O-Mat machen, dann müssen wir nur noch darauf achten, ob die Aussage positiv oder negativ formuliert ist. Ansonsten wissen wir, worum es geht und die Entscheidung fällt uns je nach politischer Einstellung sehr leicht.

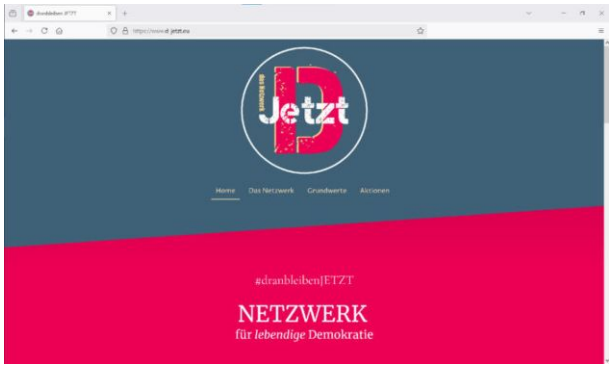
Das ist natürlich nicht bei allen so und das kann man auch nicht verlangen. Da sind wir dann schon auch in der Pflicht, die Dinge gerne auch mal ein bisschen einfacher zu erklären. Das erfordert neben dem Reden natürlich erst mal zuhören, zuhören, zuhören.

Bei Vereinen, Organisationen und Initiativen mitarbeiten.

Es gibt viele für unsere Demokratie relevante gesellschaftliche Organisationen und Initiativen, bei denen man mitmachen kann. Gewerkschaften, Kirchen und so mancher Verein, der sich zum Beispiel mit Fragen zur Geschichte beschäftigt. Dazu zählt zum Beispiel auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Letztlich zählt da auch jeder Sport- oder Musikverein darunter. Überall geht es um

Gemeinschaft und Gemeinwohl und nach dem Training oder der Probe wird ja auch noch über dieses und jenes diskutiert. Auch über Politik.



Vernetzt euch.

Wenn die Nazis eines viel besser können als wir, dann ist das Vernetzung und Austausch. Wir haben die Tendenz, dass wir zwar auch viele Initiativen auf die Schiene bekommen, diese aber kaum miteinander sondern halt nebeneinander agieren. Das macht uns kleiner, als wir sind und es kostet uns einfach auch sehr viel Kraft, wenn wir alle unsere Erfahrungen selbst machen müssen.

In der Freiburger Gegend wurde dieses Problem erkannt und Dejan Mihajlović hat die Initiative #dranbleibenJETZT gestartet. Dahinter steckt eine Intranet-Anwendung, die einfach zu bedienen ist und einen schnell Austausch erlaubt. Ich empfehle allen Demokratie-Initiativen in der Freiburger Gegend da mitzumachen.

Denkmal wider des Vergessens

von Gerd Ohligschläger

Am Sonntag, den 26.1.25 wurde in Vogtsburg ein „Mahnmal wider das Vergessen“ enthüllt.

Der Heimat-und Geschichtsverein lud am Sonntag um 11 Uhr zu einer öffentlichen Veranstaltung ein. Etwa 100 Zuschauer kamen bei herrlichem Sonnenschein am Rathaus in Oberottweil zusammen.

Bürgermeister Bohn, die Vorsitzenden des Vereins und die Künstlerin selbst hielten kurze Ansprachen zum Thema Euthanasie während der NS-Diktatur. Dabei wurden die Namen der inhaftierten, zum Teil schwer misshandelten und getöteten Opfer der Gemeinde Vogtsburg verlesen. Ein Bläserduo, welches jazzige Variationen bekannter Popsongs einflocht, lockerte die trockenen Ansprachen etwas auf.

Anschließend enthüllte die Künstlerin selbst den Gedenkstein , der sich direkt hinter dem Kriegerdenkmal befindet, und sprach ein paar Sätze zum Zustandekommen des Projektes.

Die mahnenden Worte, dass so etwas nie wieder geschehe, kamen leider etwas zu kurz dabei, zumal der 5-Punkte-Plan von Friedrich Merz nebst Zustimmung der AFD erst wenige Tage zuvor öffentlich wurde.

Zum Abschluss lud das Rathaus-Team zu einem kleinen Umtrunk ein.

IMPRESSUM

Herausgeber & V.i.S.d.P. sind die Kreisvorsitzenden der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Tanja Kühnel und Oswald Prucker,
SPD Regionalzentrum
Merzhauser Str. 4
79100 Freiburg

Redaktion: O. Prucker und T. Kühnel

Termine, Termine

Stammtische

Kaiserstuhl – Tuniberg – March

11. März und 7. April

19:00 Uhr

Wirtshaus Perron, Bahnhofsstraße 4, Breisach (am Bhf. Breisach)

Hochschwarzwald

26. März und 23. April

19:00 Uhr

Hotel Jägerhaus, Titisee-Neustadt

Digitaler Kreisstammtisch

13. März und 15. April

19:00 Uhr

Ab sofort über Big Blue Button: https://bbb.spd-bw.de/b/sop-5mc-fht-seq

Kreisparteitag und Listen-KDK

8. März

15:00 Uhr

Gemeindehaus Offnadingen, Dorfstraße 9 in Ehrenkirchen-Offnadingen

Für den Kreisparteitag haben wir uns folgende Tagesordnung vorgenommen.

1. Begrüßung und Konstituierung
a) Wahl der Mandatsprüfungskomission
b) Wahl der Zählkommission(en)
2. „Aktuelles aus Berlin“ – Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
3. Bericht Mandatsprüfungskommission
4. Wahl der ordentlichen Delegierten für die Landesparteitage (auf zwei Jahre)
5. Antragsberatung
6. Verschiedenes
7. Schlusswort

Die Kreisdelegiertenkonferenz zur Wahl der Vertreterinnen und Vertreter für den Landesparteitag zur Aufstellung der Landesliste (Listenparteitag) für die Landtagswahl 2026 findet direkt im Anschluss zum Kreisparteitag statt.

Das ist unsere Tagesordnung:

1. Begrüßung und Konstituierung
a) Wahl der Mandatsprüfungskommission
b) Wahl der Versammlungsleiterin/des Versammlungsleiters
c) Wahl der Schriftführerin/des Schriftführers
d) Wahl der Zählkommission(en)
e) Verabschiedung der Wahl- und Geschäftsordnung
f) Feststellung der Zahl der stimmberechtigten Mitglieder (Bericht der Mandatsprüfungskommission)
2. Wahl der Vertreterinnen und Vertreter des SPD-Kreisverbands Breisgau-Hochschwarzwald für den Landesparteitag zur Aufstellung der Landesliste (Listenparteitag) für die Landtagswahl 2026
3. Verschiedenes
4. Schlusswort